GRÜNE Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord
Bussestraße 1, 22299 Hamburg | Tel. 040 5117919 | fraktion@gruene-nord.de

8. November 2012

An das Vorsitzende Mitglied der Bezirksversammlung Hamburg-Nord

Antrag

„Ein Plus für das Klima“ - Hamburg-Nord zum Vorreiter machen

In der Fortschreibung des Hamburger Klimaschutzprogramms 2011/12 heißt es im Kapitel „Anpassung an den Klimawandel – Klimafolgenmanagement“ unter anderem:

„Eine der wichtigsten Herausforderungen des Klimawandels für Hamburg sind die zu erwartenden Auswirkungen auf das Stadtklima, wie z. B. Überhitzung in der Innenstadt in sommerlichen austauscharmen Wetterlagen sowie veränderte Niederschlags- und Windverhältnisse.“ Und etwas später: *„Klimawandel und ein dadurch verändertes Stadtklima stellen neue funktionelle Anforderungen an die Grünflächen und Grünstrukturen Hamburgs.“*

Leider folgen dort keine konkreten Handlungshinweise. Dabei bieten sich gerade in der kleinteiligen Umsetzung von Hoch- und Tiefbaumaßnahmen im kommunalen Bereich vielfältige Möglichkeiten, den hier beschriebenen Auswirkungen des Klimawandels entgegen zu wirken.

So werden beispielsweise Verkehrsinseln, Straßenrandstreifen und Kreisel – oft aus Kostengründen („geringer Pflegeaufwand“) – versiegelt. Dies wie auch die Abdeckung von Baumscheiben mit Vliesmatten und schwarzgrauem Gestein schaden nicht nur der städtischen Biodiversität und Lebensqualität. Auch die oben beschriebene Überhitzung des Stadtklimas wird so befördert, wie auch die Belastung der Kanalisation durch Regenwasser, das nicht versickern kann.

Ziel einer modernen, vorausschauenden Gestaltung des urbanen Raumes sollte auch sein, das Kleinklima positiv zu beeinflussen, die Versickerungsrate von Regenwasser möglichst hoch anzusetzen und auch im städtischen Bereich groß- und kleinflächige Lebensräume für Tiere und Pflanzen zu bewahren oder zu schaffen. Dafür sind neben größeren und umfassenden Maßnahmen auch kleine Schritte notwendig, die erst in ihrer Summe einen wichtigen Beitrag leisten. Zu diesen kleinen Schritten zählt die Vermeidung der Versiegelung öffentlicher und privater Flächen, die Begrünung von Fassaden durch Kletterpflanzen oder „hängende Gärten“. Auch die Schaffung von urbanen Wasserflächen, wie Brunnen, kleinen Rinnsalen oder Fontänen kann zur Belebung und Abkühlung von städtischen Plätzen beitragen.

Die auch in der Fortschreibung des Klimaschutzprogramms hervorgehobene hamburgweite Aktion „Mein Baum – Meine Stadt“ hat gezeigt, dass auch kleinteilig angelegte Maßnahmen zu Erfolgen führen können. Hamburgs Bürgerinnen und Bürger haben großes Interesse daran, in einer grünen Stadt zu leben und sind bereit, sich auch finanziell daran zu beteiligen. Nichtsdestotrotz ist auch eine Umsteuerung von Mitteln in den Bereich Grünpflege erforderlich, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung beschließen:

1. Der Bezirk Hamburg-Nord setzt sich zum Ziel, nicht nur bei der Zahl der genehmigten Wohneinheiten, sondern auch bei begleitenden Maßnahmen zum Klimaschutz hamburgweit Vorreiter zu werden.
2. Das Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt nimmt künftig in allen Vorhaben und Genehmigungsverfahren, insbesondere der Fachämter Stadt- und Landschaftsplanung und Bauprüfung, die Auswirkungen auf das Stadtklima auch dort in den Blick, wo dies gesetzlich noch nicht vorgeschrieben ist. Ziel ist bei jeder einzelnen Maßnahme „ein Plus für das Klima“ zu erreichen.
3. Beim Umbau oder der Neuschaffung von öffentlichen Wegen und Straßen ist im Bereich von Verkehrsinseln, Straßenrandstreifen, Kreiseln, Baumscheiben u.ä. auf eine Versiegelung nach Möglichkeit zu verzichten.
4. Die Möglichkeit, Wasser als belebendes und kühlendes Element auch optisch in Szene zu setzen, soll bei allen dafür geeigneten Vorhaben geprüft werden.
5. In Baugenehmigungsverfahren ist das Gespräch mit den Bauherren zu suchen, um an geeigneten Fassadenteilen Begrünungen zu ermöglichen.
6. Erforderliche zusätzliche Mittel sollen gegenüber dem Senat mit Nachdruck und unter Hinweis auf die dringlichen Klimaschutzziele eingeworben werden.
7. Die Bevölkerung soll bei geeigneten Standorten vermehrt zur Übernahme von Pflegepatenschaften angeregt werden und dabei auch möglichst weit gehende Möglichkeiten der Mitgestaltung haben.

Michael Werner-Boelz
Ulrike Sparr
und GRÜNE Fraktion